

Intervenieren! Aufgabe von Studierenden- und Personalvertretungen sowie einer politischen Linken ist es, das Thema aus seiner Versenkung zu holen und der Öffentlichkeit sowie vor allem den Beschäftigten selbst als brisantes Thema nahe zu bringen. Auch wenn die prekäre Beschäftigung von AkademikerInnen auf den ersten Blick wie ein Problem weniger Privilegierter erscheint, ist es doch für den gesamten Arbeitsmarkt relevant. Denn häufig genug werden die Arbeitsverhältnisse in Wissenschaft und Kunst von Unternehmensberatern und Arbeitsrechtlern als modellhaft für die Zukunft gepriesen: Hoch motivierte Menschen arbeiten selbstständig, flexibel und schlecht bezahlt mit einem Minimum an gewerkschaftlicher Organisation in ständig wechselnden Projekten mit denen sie sich vollständig identifizieren. Zudem wird, wer sich als StudentIn an solche Arbeitsverhältnisse gewöhnt hat und nie die Vorteile gewerkschaftlicher Interessenvertretung kennen gelernt hat, in seinen späteren Funktionen als „Elite“ in der Wirtschaft, den Medien, der Wissenschaft, der Politik oder als Lehrerin oder Lehrer genau diese Verhältnisse als normal betrachten und von seinen Angestellten oder KollegInnen erwarten.

Weiterlesen!

Jürgen Berger: Im Reagenzglas, Süddeutsche Zeitung, 19.07.2004

Klaus Dörre/Matthias Neis: Prekäre Wissenschaft?, in: BdWi/fzs/GEW: Bildung - Beruf - Praxis, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Marburg 2007

Doris Eikhof/Axel Haunschild: Arbeitswelt Theater – Ein Forschungsbericht, in: Theater heute Nr. 3/2004.

Andrea Ellmeier: Prekäre Arbeitsverhältnisse für alle? Kunst, Kultur, Wissenschaft als (negative) Avantgarde (alt)neuer Arbeitsverhältnisse oder „Selbständig waren wir ja schon immer“, in: www.igkultur.at

Michael Hardt / Antonio Negri: Empire, Harvard University Press, Cambridge/London, 2000

Anne Rambach: Prekarisierte ForscherInnen, Tagung: „Intellektuelle zwischen Autonomie und Ausbeutung“, Wien 2002

Mehr **Positionen** von Susanne Hennig?

01: Wer zahlt meine Miete? Zur sozialen Lage von Studierenden.

02: Plädoyer für französische Verhältnisse! Zum Verhältnis von Protest und Parlament.

03: Prekäre Wissenschaft? Zu Arbeitsverhältnissen an den Hochschulen.

04: Weg damit! Die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge rückgängig machen.

05: Gezahlt wird nicht! Für kostenfreie Bildung. (*coming soon!*)

06: Was tun? Anforderungen an eine linke Studierendenpolitik (*coming soon!*)



Susanne Hennig (geboren 1977) ist Abgeordnete im Thüringer Landtag der Fraktion DIE LINKE. Sie ist Sprecherin ihrer Fraktion für Ausbildungs- und Studierendenfragen. Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Matthias Bärwolff betreibt sie in der Erfurter Innenstadt das offene Jugendwahlkreisbüro RedRoXX.

RedRoXX
www.redroxx.de

Jugendbüro RedRoXX
Pilsbe 29...99084 Erfurt
Tel. 0361/6547229
kontakt@redroxx.de

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Fraktion DIE LINKE
Thüringer Landtag
Arnstädterstraße 51
99096 Erfurt
Tel. 0361/3772318
hennig@die-linke-thl.de

Positionen erscheint als Flugblattreihe der Abgeordneten des Thüringer Landtages Susanne Hennig (ViSdP), Fraktion DIE LINKE, Thüringer Landtag, Arnstädterstraße 51, 99096 Erfurt. Text: Susanne Hennig, Layout und Redaktion: Paul Wellson.

www.susannehennig.de

03

Positionen

... zur Ausbildungs- & Studierendenpolitik

Prekäre Wissenschaft?

Ungesicherte Arbeitsverhältnisse
an den Hochschulen

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Im April 2007 berichtete das Hamburger Magazin „Der Spiegel“ über unsichere Arbeitsverhältnisse an deutschen Hochschulen - in Anspielung auf akademische Besoldungsgruppen unter der Schlagzeile "Hartz IV statt C4". Das Thema ist hoch aktuell, denn oftmals kann die Lehre an Hochschulen nur noch mit schlecht bezahlten oder sogar unentgeltlich arbeitenden Dozenten gewährleistet werden.

Streik! An den Hochschulen in München und Marburg kam es im letzten Jahr zu „Streiks“ von unbezahlten Dozenten, um auf die unzumutbare Lage an den Instituten hinzuweisen und um dagegen zu protestieren, dass unentgeltlich arbeitende Mitarbeiter benutzt werden, Lächer im Stellenplan zu stopfen. Bundesweit müssen heute zahlreiche Wissenschaftler mit schlecht bezahlten Lehraufträgen oder zeitlich eng begrenzten Forschungsprojekten Arbeit und Leben finanzieren. Eine sichere Erwerbsperspektive in der akademischen Forschung und Lehre bietet ihnen das nicht. Gute Forschung und gute Bildung sowie kritische Wissenschaft können so nicht gewährleistet werden. Diese Arbeitsverhältnisse können als „prekär“, also schwierig oder ungesichert, beschrieben werden. Matthias Neis, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Jena, definiert diesen „Modebegriff“ als flexible Arbeitsverhältnisse, denen kollektive Schutzrechte fehlen, die befristet und nicht existenzsichernd sind und den Menschen keine ausreichende materielle und kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen.

Kritischer Blick Gerade in der Wissenschaft gebe es quer durch fast alle Ebenen des akademischen Betriebes prekäre Beschäftigung, weiß Neis. So seien nur 23% der Beschäftigten unbefristete Professoren. Ein Großteil der Angestellten (64%) seien wissenschaftliche MitarbeiterInnen, von denen Dreiviertel befristet arbeiten. Dabei sei gerade der Sektor der Lehrbeauftragten in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen und decke zunehmend Pflichtveranstaltungen der Hochschulen ab. Neis bezeichnet diese Arbeitsverhältnisse als "Fenster in die Zukunft an den Hochschulen". Denn sie setzen immer stärker auf Lehrbeauftragte, mit denen kein vertragliches Arbeitsverhältnis mit sozialer Absicherung und Mitbestimmung besteht. Zudem werden sie nur gering

bezahlt. Oft sei der Status als Lehrbeauftragter für Akademikerinnen und Akademiker das letzte Mittel, um ihre Zugehörigkeit zur Wissenschaft und die eigene soziale Reputation zu erhalten. Gemeinsamer Widerstand gegen diese Arbeitsbedingungen durch die Betroffenen ist daher und vor dem Hintergrund der hohen Erwerbslosigkeit, der Stellenstreichungen an Hochschulen und der Finanzierungspraxis von Forschung kaum zu erwarten. Dem wissenschaftlichen Nachwuchs ist die Alternativlosigkeit bewusst. Zudem gebe es in der deutschen Wissenschaft keine Tradition der kollektiven Interessenvertretung. Die öffentliche Diskussion um das „Prekariat“ sei jedoch politisch relevant, denn sie könne bei einem Teil der Betroffenen dazu führen, die eigenen Arbeitsverhältnisse als unsicher wahrzunehmen. Das Thema ungesicherter Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen im Bereich wissenschaftlicher Hilfskräfte wird zum Beispiel von der Fraktion „DIE LINKE“ im Thüringer Landtag seit einiger Zeit mit kritischem Blick verfolgt. Sie hat sich dazu mit mehreren Anfragen an die Landesregierung gewandt, um einen fundierten Überblick über solche Arbeitsverhältnisse zu gewinnen. Bundesweit sind etwa 100.000 Personen als wissenschaftliche Hilfskräfte tätig. Oftmals werden sie für qualifizierte Arbeiten eingesetzt, ohne die an den Hochschulen nichts mehr ginge. Sie ersetzen de facto qualifizierte Beschäftigte mit regulären Arbeitsverträgen. Wissenschaftliche Hilfskräfte gliedern sich in die schlechter bezahlten Hilfskräfte ohne Hochschulabschluss und die etwas besser entlohnten mit Abschluss. Ihre Arbeitsverhältnisse müssen insgesamt als eine Form prekärer Beschäftigung an Hochschulen verstanden werden.

Lohn: 85 bis 175 Euro Nach Angaben der Landesregierung schwankt die Bezahlung der wissenschaftlichen Hilfskräfte in Thüringen zwischen durchschnittlich 4,73 Euro pro Stunde an Fachhochschulen und 6,53 Euro pro Stunde an Universitäten. Da nur eine begrenzte Stundenzahl gearbeitet werden kann, deckt das Einkommen nicht ansatzweise

die Lebenshaltungskosten ab, sondern ähnelt einem Taschengeld. In Thüringen liegt der monatliche Durchschnittslohn einer wissenschaftlichen Hilfskraft zwischen 85 Euro und 175 Euro. Sie verfügen über keine kollektive Interessensvertretung, da weder die Studierendenvertretungen noch die Personalräte an den Hochschulen für sie zuständig sind. Uneinheitlich ist auch die Praxis, wie mit Urlaubsansprüchen und in Krankheitsfällen mit diesen Beschäftigten umgegangen wird. Insgesamt können die Hochschulen im Bereich der akademisch Beschäftigten oftmals als „gewerkschaftsfreie Zone“ bezeichnet werden - ein Zustand der im industriellen Sektor der Traum aller Arbeitgeber wäre. Diese prekären Verhältnisse rechtfertigt die Landesregierung mit der absurden Behauptung, die Art und Weise der Beschäftigung erfolge „traditionell“. Traditionen sind aber kein Argument, um schlechte Arbeitsbedingungen fortzuführen. Doch die Betroffenen wehren sich ähnlich der Lehrbeauftragten auch in diesem Sektor nicht. Die Finanzierung des Lebens erfolgt meist über andere Wege als diese Lohnarbeit, die zudem meist nicht als Arbeit, sondern als Qualifizierung betrachtet wird, um einen Einstieg in die Welt der akademischen Arbeit zu finden.

Die stellvertretende Vorsitzende der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) Berlin und ehemals Personalrätin für studentische Beschäftigte an einer Berliner Hochschule, Diana Greim, setzt sich bundesweit für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte ein, wie er in Berlin gilt, wo den Hilfskräften umfangreiche Rechte eingeräumt werden. Sie erhalten knapp 11 Euro Stundenlohn, haben ein Anrecht auf eine eigene Personalvertretung, Urlaub und eine monatliche Mindestarbeitsstundenzahl. Dieser bundesweit einmalige Tarifvertrag trat nach einem Streik der Beschäftigten schon in den 1980er Jahren in Kraft. Heute engagiert sich die gewerkschaftliche „Tarifvertragsinitiative der studentischen Beschäftigten“ (Tarifini) für bessere Arbeitsbedingungen von wissenschaftlichen Hilfskräften.